

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schiff-Konto: Hannover 57613 | Der Abonnementpreis beträgt durch den Posten oder durch die Post bezogen monatlich 150 Mark. — Fests. und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen.

Verantwortl. für den Inhalt: Karl Schaub, Bochum | Druck: H. Hanemann & Co., Bochum | Telefon-Nr.: 28, 80, 98 | Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Wiesenthaler Straße 33-42 | Telegramm: Altherland Bochum

Englands Geschäft bei der Ruhrbesetzung.

Es liegt auf der Hand, daß die englische Industrie einstweilen an der Ruhebelebung profitieren muß, da die Nachfrage nach englischen Kohlen und englischem Eisen steigt. Natürlich wäre es eine sehr kurzfristige Politik, wollte sich England von solchen Augenblicksvorteilen leiten lassen, denn die Vermöllung der französischen Industriepläne an der Ruhr sind eine dauernde und große Gefahr für England.

Über die Entwicklung der Ruhrbesetzung auf das englische Geschäft wird mitgeteilt: Die starke Kohlenaussicht aus allen Gebieten Großbritanniens dauert an. Die Studien im Waller Verladebetrieb haben sich etwas gebessert, doch können diese hoffen den Verkehr immer noch nicht ganz bewältigen. Die Ausfuhr betrug im Januar 5 611 670 T. im Werte von 8 295 820 Pf. Sterling gegenüber 4 020 935 T. im Werte von 4 783 539 Pf. St. im Januar 1922. Hierzu bezog Frankreich 1 383 291 T. im Werte von 1 493 523 Pf. St., Italien 542 118 T. im Werte von 660 282 Pf. St., Deutschland 821 854 T. im Werte von 558 247 Pfund Sterling. (In der Zeit vom 3. bis 28. Februar kamen in Hamburg 845 101 T. englischer Kohle an.)

Bemerkenswert ist die starke Zunahme der englischen Kohlenaussicht nach Frankreich. In der Woche, endigend mit dem 16. Februar, wurden dorthin ausgeführt 166 941 T. in der folgenden Woche 237 926 T. Aus den südwärtigen Häfen wurden ausgeführt in der Woche, endigend mit dem 5. Jan.: 478 012 T., 12. Jan.: 528 402 T., 19. Jan.: 538 171 T., 26. Jan.: 601 221 Tonnen, 2. Febr.: 545 862 T., 9. Febr.: 618 034 T., 16. Februar: 535 207 T., 23. Febr.: 611 877 T. Die Kohlförderung in der Woche bis zum 8. Februar war 5 601 200 T. gegenüber 5 644 200 Tonnen in der Vorwoche und 4 803 100 T. in der entsprechenden Woche des Vorjahrs.

In der Eisen- und Stahlindustrie hätte die gute Konjunktur an. Die französischen, belgischen und luxemburgischen Werke sind durch den Verlust der Ruhrbesetzung eingetretener Brennstoffmangel und die hohen Summen, die in Frankreich britischen Rohs gezeigt werden müssen, in Schwierigkeiten geraten. Nach einer Konferenz der kontinentalen Fabrikanten ist in einer Reihe von Hallen beschlossen worden, alle Aufträge zu annullieren unter Verlustung auf force majeure, und hierzu erwartet man in England eine günstige Wirkung auf die eigene Industrie.

Die Erzeugung von Roheisen in Großbritannien betrug im Januar 567 900 T. gegenüber 538 700 T. im Dezember und 588 000 T. im Januar 1922. Die Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen ist Ende Januar um 14 im Monat auf 183 gestiegen. Die Erzeugung in Guß- und Barrenfabrik betrug 624 300 T. Die Durchschnittszeit in 1913 war für Roheisen 255 000 T. und für Stahl 673 000 T. Die Preise blieben für Eisen wie für Stahl sehr hoch. Die Ausfuhr von Roheisen betrug 58 700 T., ungefähr das gleiche wie im Vorjahr, indem der Wegfall amerikanischer Bezieher in Höhe von 17 000 T. durch Lieferungen nach Italien, Deutschland und Frankreich ausgeglichen wurde. Die Ausfuhr an reinem Eisen und Stahl betrug 353 400 T.

Die Kohlenpreise haben natürlich in England auch erheblich angezogen. Sie standen je "long ton" (1016 Kilo) Anfang Februar für Haushalt auf 25 bis 33 Schilling. Nach dem damaligen Dollarstand von 22 500 Pf. waren das etwa 140 bis 180 000 T. je Tonne. Dazu kam die Fracht, die ebenfalls steigende Tendenz zeigte und bis Hamburg je nach Abgangshafen 7,8 bis 8,6 Schilling ausmachte. Die Spanne zwischen englischem und deutschem Kohlenpreis ist also nicht sehr groß. Im Augenblick ist das ein Vorteil für Deutschland, weil das unbekünte Deutschland auf den Bezug englischer Kohle angewiesen ist. Mit Verständigung des Ruhrabenteuers wird die Lage anders sein, machen sich bis dahin Lohnschwankungen in Deutschland notwendig, so würde bei gleichbleibendem Dollarstand die Differenz verschwinden, was wirtschaftlich von großer Bedeutung wäre.

Einstellige englische Kreise haben an der augenblicklichen günstigen Entwicklung natürlich keine reine Freude, das zeigen deutlich folgenden Auszüge aus dem "Economist":

Oberschlesisches Bergmannsterben.

Zu unserem Bericht aus dem Hauptauschluß des preußischen Landtages über die Grubenkatastrophen in Oberschlesien sendet uns die Bergverwaltung conf. Heinrichgrube folgende Befürchtung:

"Wir legen Wert darauf, daß folgende den Tatsachen entsprechenden Angaben aus dem Aufsatz richtig gestellt werden:

1. Das Unglück ereignete sich nicht gegen 7½ Uhr, sondern kurz vor 8 Uhr. Um 8½ Uhr wurde dem Bergverwalter in der unbestimmten Form das vorzüglichste Hindernis eines Unfalls gemeldet; unverzüglich, nicht erst um 10 Uhr fuhr der Bergverwalter zur Feststellung des Ortes und des Umlandes des Unfalls ein und meldete aus Grund von Verschmutzungen von Leuten sofort nach der Einzahlung gegen 9 Uhr dem zuständigen Arbeitbeamten, daß die Bergleute der Steigerabteilungen Schma und Ströckburg durch austreibende Gase aus der 620-Meter-Sohle sich in Lebensgefahr befinden. Die Richtigkeit dieser Meldung stellte er dann durch persönliche Besichtigung der Grube bis zu den Brüchen aus der 620-Meter-Sohle fest. Es trifft demnach nicht zu, daß der Bergverwalter um 10 Uhr noch nicht wußte, was eigentlich in der Grube vorgegangen sei. Um 10 Uhr war der Bergverwalter wieder am Schachte und informierte den Leiter der Rettungszentrale über den Herd der Explosion.

Soweit die wirtschaftliche Wirkung auf Großbritannien in Frage steht, scheint es, als ob bis zum Augenblick die günstigen Wirkungen des Rücktritts tatsächlich die entgegengesetzten Einfüsse aufgewiesen. Auf einigen Märkten, besonders auf dem Wollmarkt, wo die deutsche Nachfrage einer der wesentlichen Haltoren des Exporthandels ist, ist die Unterbindung des Geschäfts mit Deutschland auch andere Häuser beeinflußt und eine abwartende Haltung hervergerufen. In der Kohlen- und Eisenindustrie selbst ist die deutsche Nachfrage und das Steigen der Preise nicht ausgleichbar auf direkte Auswirkungen der eingeschränkten Produktion an der Ruhr und in Lothringen zurückzuführen, sondern es ist auch zu berücksichtigen, daß die Preise gering waren und die Markt ansteigt, ohne rückwärtsbewegung zu zeigen, nicht nur in England, sondern auch auf den europäischen Märkten. Wer in diesen Gewerken ist es einleuchtend, daß nicht nur Aufträge, die sonst im Ruhrrevier untergebracht worden wären, nach England kommen, sondern daß auch schon im Ruhrrevier untergebrachte Bestellungen von deutschen Fabrikanten zur Ausführung nach England übertragen werden. Wie es mit der Produktion im Ruhrrevier steht, ist schwer, es ist schwierig. Aber es scheint, daß während in den ersten Wochen der Belagerung die Produktion normal weiterging, jetzt die Unterbindung des deutschen Eisenbahnbetriebs die Produktion der Schweiz, die in hoher Weise von dem Eisenbahntransport abhängt, läuft. So wird berichtet, daß von 120 Schächten auf dem rechten Rheinufer am 1. Januar 75 im Gange waren, während jetzt (Anfang März) nur 25 arbeiten und auch diese nicht mit voller Kraft. Unter den vielen Gründen für diesen Stand der Produktion wird zweifellos die Unmöglichkeit der Versorgung mit Kohle für die Fabriken obwohl die Entfernung die zu überwinden sind, verhältnismäßig kurz sein. Auch in den Eisenverarbeitenden Industrien kann die Erzeugung der letzten Wochen nicht abtransportiert werden und die Produktion ist deshalb verminderd infolge von Unterfütterung.

Das Ergebnis der Übertragung von Aufräumen nach Großbritannien ist – wie die Untersuchung des "Economist", die von Ende Januar auf Ende Februar von 186 5 auf 260 1 Prozent gestiegen ist, zeigt – die beginnende Entwicklung auf das Preisniveau und wir sind bedroht von einer Lage, die in keinem Ausmaße ähnliche Erscheinungen zeitigen kann wie die Haupe von 1920. Bei der vielen Gründe, die damals die außerordentlichen Preissteigerungen hervorriefen, waren: die Sklaverei des Briten nach dem großen Sieg oder vielmehr die Tatsache, daß die Briten, seitdem sie besiegten, in Regierung und in entfernten Ländern festlagen, und zweitens die Tatsache, daß Europa nicht zu einem annehmbaren normalen Produktionsaufschwung kam. Die Ausbildung brachte wiederum jedoch die deutschen französischen und belgischen Produkte wieder an den Markt zu kommen begannen. Im gegenwärtigen Augenblick nimmt die Welt vorüber nicht dringend und die Einschränkung der europäischen Produktion droht die Preissteigerung aufwärts zu treiben. Jede solche Wirkung ist außerordentlich zu befürchten. Die Aktion der New Yorker Federal Reserve Bank, die ihren Diskontsatz erhöht hat, obwohl ihre Reserven reichlich waren und es wohl keine Anzeichen von Überspekulation vorhanden sind, ist ein einzigartiger Vorgang, der nur durch den Preisdruck erklart werden kann, jedo. aufwärtsbewegung des Preisniveaus im Reime zu erklären. Seine Bedeutung liegt darin, daß er den Beweis für die Erkenntnis der Geläufigkeit liefert, daß während sie se inflationäre Preisbewegungen zeitweise einzelnen Grünen Augen bringen mögen, ihre schreckliche Folge für das Geschäftsbüro auch verdeckt förend wird.

Eine Preissteigerung, die auf so unberechneten Einfüssen beruht wie die heutigen, kann die Bindung der französischen und deutschen Produktion, die eine besonders unzureichende, denn es ist, so beweist das englische Blatt, nicht nur sicher, daß die ungünstigen Rückwirkungen dieser Lage ja neller oder später an Scharte gewinnen werden, sondern auch der wichtige Umstand ist zu berücksichtigen, daß in den betroffenen Gebieten Lager angehäuft werden, die in legendarem Zeitpunkt wieder frei verfügbaren werden und dann das Gleichgewicht des Marktes umzürzen müssen.

2. Es ist nicht richtig, daß eine Telefondienstleitung in der Grube nicht besteht. Außerdem gibt es keine Bergpolizei in den Vororten über die Anlage von Telefonanlagen in Bergwerken. Es kann deshalb nicht von einem „ungebräuchlichen Verstoß“ gegen eine solche gesprochen werden.

3. Es trifft nicht zu, daß die Rettungsmannschaften drei Stunden hilflos und unfähig über Tage gehandelt hätten. Um 9½ Uhr ist der erste Trupp Rettungsmannschaften mit einem Seiger zur Rettungsarbeit eingefahren.

4. Die Angabe, daß es zu dem Röhrblitzschacht kein Telefon gab, ist falsch. Der Röhrblitzschacht besteht seit Jahr und Tag eine Telefonverbindung mit der Hauptanlage der Heinrichgrube.

5. Es ist unrichtig, daß die Hauer zu bestimmten Zeiten, welche Spriegelstoff verbraucht werden durften. Bildigt ist, daß die Ortsabteilungen ihren Spriegelstoffbedarf dem Betriebsamt anmeldeten, der Seiger ist es nach der Festsetzung der Kohle Schwarzpulver oder Sicherheitspulver zur Herausgabe anwies.

6. Die Angabe, daß niemand Arbeiter deshalb bestellt worden sei, weil sie die Anordnung der Grubenbetriebsführung nicht mehr als drei Schläge gleichzeitigwegzutun, nicht befolgt hätte, ist falsch. Etwa am 11. Dezember 1922 ist z. B. der 50-jährige Hauer Bernhard Blaude wegen gleichzeitigen Wegangs von 3 Schlägen von seinem Ort entfernt und nachstelle zur Sämmung verlegt worden.

7. Die Behauptung, daß die Wetter direkt den Vorrichtungen zumüller geführt worden seien, ist unrichtig. Die Betriebsführung entspricht durchaus den Bergrechtlichen Vorrichtungen.

8. Die Angabe, daß die Rettungsapparate auf der Heinrichgrube nicht in Ordnung gewesen seien, widerspricht den Tatsachen. Die Rettungsapparate sind jec. Tage vor dem Unfall zum Zweck einer Rettungsschule sämtlich von einem hierfür so männlich zusammengestellten Geräteteam geprüft und in Ordnung befunden worden. Es waren nicht 4, sondern 11 Rettungsapparate vorhanden.

9. Es gibt kein Vorrecht, daß mindestens 2 Prozent der Bergleute mit Rettungsapparaten ausgerüstet sein müssen. Die unterlegige Angabe bezüglich der Heinrichgrube beträgt nicht 2000 Mann, nur sie kommt zur Verabsiedlung zur Rettungsschule in Betracht. Es waren auf der conf. Heinrichgrube nicht 14 Mann als Rettungsmannschaften zusammengestellt, sondern 22 Bergleute, 6 Oberflächen und 5 Bergarbeiter.

10. Daß die Rettungsmannschaften seit Jahr und Tag nicht mehr geführt haben, ist unrichtig. Eine solche Angabe hat der Bergverwalter selbst aus nicht gemacht. Richtig ist, daß allmonatlich Rettungsschulen stattfinden, doch aber die Rettungsmannschaften zu dieser nicht erreichbaren Arbeitszeit häufig nicht erscheinen sind.

Bergverwaltung conf. Heinrichgrube.

(Unterschrift.)

Diese Befürchtung ist als eine Befürchtung eines im Parlament eingeführten zu betrachten. Nach allgemeiner Sicht darf ein Engelsgesetz alle nach seiner Ansicht geeigneten Ausgaben zu seiner Verteidigung entföhren. Eine Verteidigung ist auch dann eine solche, wenn sie an den Hauer herbeigezogen und nur nach Ansicht des Gerichts wahre ist. Der Gesetz vorliegender Bergverwaltung betrifft sich sofort im ersten Tag. Wie aktiver aus der Rede des Kommerzienrates Franz im Hauptauschluß: "Das Unglück ereignete sich gegen 7½ Uhr." Mein, sagte die Bergverwaltung, "sonst kurz vor 8 Uhr." Diese weitbemessende Richtigstellung ist doch von Wichtigkeit, nicht wahr? Genaue Zeit weiß die Bergverwaltung auch nicht anzugeben, also sagt sie: nicht gegen 7½, sondern kurz vor 8 Uhr! Bergungen in solchem Sinne sollten doch unterbleiben. Dafür ist die Zade denn doch zu ernst.

Rettungskräfte, Rettungsapparate, Rettungsmannschaften und -leibungen verfügt man in den Rettungszentren 8, 8, 9 und 10 zu verteilen oder zu bestimmen. Es ist nicht großer Unsinn, zu bestimmen, es sei unrichtig, daß die Rettungsmannschaften seit Jahr und Tag nicht geführt hätten, sondern es wäre alle Morale gegeben worden, aber die Mannschaften lämen nicht. Also Übungen ohne Mannschaften. Das nennt man Richtigstellung! Es ist eine Entschuldigung, wenn man sagt: "Die Leute waren zu dieser nicht erreichbaren Arbeitszeit häufig nicht erschienen. Dies ist nur das Ergebnis einer Sanktions, wie sie in Überlebenslinien im Bergungswesen allgemein gang und gäbe war. Man ließ sich die mühsame Rettungsorganisation im Ruhrgebiet z. B. auf der Seite Chamrood in Erinnerung. Bei dem ehemaligen Brandungsfeld stand 20 Minuten nach Sanktionsbeginn des Brandungsfeldes die erste Rettungskommission für und fertig ausgerüstet am Schacht. Gedrängt, vom ersten Beimis bis zum Rettungsmann an seiner Stelle; eine vollendete Art Bergorganisation. Dort lief nicht der Bergverwalter loslos zwischen Rettungskommission, Unglücksstelle und Schacht hin und her. In der Rettung wird zu geben, daß die Rettungsmannschaft zwei Stunden unfähig führen kann. Es ist 10 Uhr informierte der Bergvorstand den Leiter der Rettungszentrale über den Herd der Explosions. Bis dahin wußte die Mannschaft also noch nicht, was sie tun sollte. Gerobert verhindert nicht das Urteil des Berggerichts Gosfeld im Hauptauschluß des Landtages: "Auf der Heinrichgrube hat die Rettungskräfte in ihrem ersten Teil durchaus nicht gefehlt. Es war eine eindrucksvolle Leistung vorhanden und Bergarbeiter sind ohne besondere Anordnung in die Grube geschritten. Das ist es eben, daß man nicht den Mut findet, gängige Fehler einzuschulen; deshalb kann nie etwas Gutes geschehen werden.

Lehnlich sieht es mit dem Telefon aus. Es soll ein solches in der Grube" befinden. Ja, warum denn das Hin- und Herlaufen? Auch der Röhrblitzschacht soll mit der Heinrichgrube verbunden sein. Warum hat man denn nicht sofort telefonisch im Röhrblitzschacht die Wetter drosten lassen?

Die Wetterführung soll durchaus "vorsätzlichmäßig" gewesen sein. Bergrat Gosfeld sagt darüber: "Ein Mangel ist darin zu finden, daß man den Wetterstrom nach über dreieinhalb Stunden geleitet habe. (Soll das vorsätzlichmäßig sein? D. Red.) Die Ausdehnung der Explosions herd hat ihre Ursache darin, daß die Wetter vom Explosionsherd weitergeleitet wurden auf die höhere Schale über drei Höfe. Von 122 Toten sind... 91 bis 100 aus Rettungsstellen, die nicht in der Nähe des Explosionsherdes liegen." Also: die "vorsätzlichmäßige Verweiterung" und die "gute" Rettungskommissionen 90–100 Menschenleben auf dem Gewissen. Damit genug für heute.

Großküngig, wie sich die Bergverwaltung vorliegend gezeigt hat, will sie uns in einem Begleitschein gleich hängen machen. Sie schreibt, daß wir nicht etwa denken sollen, die Punkte, auf die sie in der Berichtigung nicht eingehen (z. B. Rettungslinie, Schwarzpulver u. a. m.) seien richtig. Sie überlässt dies den Sachverständigen und der Bergbehörde. Wir stellen nochmals fest, daß gerade im Bergungswesen nach Zeugenaussagen und Erfragungen ins Beobachtungsbuch eine haarsträubende Mängelstafette geöffnet habe.

Wir werden die Unglücksursachen weiter verfolgen.

Wenn man mit Bergungen verfehlt oder uns einschlägt, so ist man auf dem Holzweg. Wir verweisen auf Nordensis, von wo man uns in Jahresfrist etwa ein halbes Dutzend Berichte gefunden hat mit dem Erfolg, daß der Bergung bereits zweimal von öffentlichen Stellen die Mängel am Unglück bestimmt wurde.

Die Betriebsrätewahl

müssen zu einem Sieg der freien Gewerkschaften werden. Nur diese verbürgen eine wirksame Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Auf zur Wahl! Jeder erfülle seine Pflicht!

für die unbelebten Bergaugebiete finden statt. Kein Kamerad darf der Wahl fernbleiben, jeder muß wählen. Die Wahlen müssen zu einem Sieg der freien Gewerkschaften werden. Nur diese verbürgen eine wirksame Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Auf zur Wahl! Jeder erfülle seine Pflicht!

Der Saarstreit

steht immer noch auf gleicher Höhe wie in den ersten Streikwochen. Sechs Wochen schon hielten die Saarländern im Kampf einzig, geschlossen, sie wachten nicht. Der deutsche Bergbau hat bisher einen Kampf von solcher Dauer und Einigkeit noch nicht zu bezeichnen. In Lothringen steht gleichzeitig der Kampf noch gut.

Indessen mehren sich die Schwierigkeiten infolge Kohlenknappheit besonders in den Streikgebieten. Außer den 72 000 streikenden Bergarbeitern sind im Saargebiet etwa 25 000 Arbeiter anderer Betriebe arbeitslos, davon 20 000 in der Saarindustrie. Die Verteilung und Arbeitsversorgung liegt so gut wie gänzlich still. Handel und Verkehr sind lähmend gelagert.

In dieser acht Wochen ist die Ruhe und Geduld der Saarbevölkerung einfach bemerkenswert. Die Sympathie ist an der Seite des Streikenden. Die französische Reaction wartet auf den Zusammenbruch des Streiks, und man kann an ihrer Hartnäckigkeit ihren brutalen, reaktionären, von Kultur unberührten Charakter erkennen.

Die Gelsenkirchener Unionisten

Vor und nach dem Streikausbruch strömten die Unorganisierten des Saargebiets in die Organisationen hinein. Auch die Unionisten verließen — weil keine Unterstützung gezahlt wurde — restlos ihre Reihen und gingen in die freien oder die christlichen Organisationen hinein. Man kann sagen, daß die Saarbergarbeiter heute fast restlos in den beiden Organisationsrichtungen organisiert sind.

Ältere wagten sich die Gelsenkirchener Strategen nicht heraus. Was sollten sie auch, ihre Faschen sind leer und die tote Gewerkschaftsinternationale hat unlösbar! Quadranten befriedigen müssen. Endlich ist es gelungen, ein paar Krüten aufzuteilen — von den 2 Milliarden aus Rußland wohl —, und nun tut die "Reichszentrale der Union" mit feierlicher Schwingung der ganzen Welt fund und zu wissen, daß sie den "teuren Genossen" im Saargebiet zwei Millionen Mark zur Verfügung stellt; jetzt, nachdem die "Deutens" verhungert wären, wenn sie auf die Union geworfen hätten. Mit demselben feierlichen Schwung leiten sie dabei ihren Rastan her vom Beratungen der reformistischen Gewerkschaften.

„Die teuren Genossen“ sind mittlerweile bei den „reformistischen Gewerkschaften“ und lassen die großen Geister der Union allein. Hebrigens: Kinder, die jedes öffentlich anregende Ereignis nachzuhören versuchen, hinterher laufen!

Ein kommunistisches Theater.

Anders kann man den mit grossem Brimborium angeläufigten rheinisch-westfälischen Betriebsratskongress, der am 11. März in Essen von den Kommunisten veranstaltet wurde, wirklich nicht nennen. Kopftüchlein berührte uns ein erfahrener Politiker, der noch nicht Gelegenheit hatte, ein solches Tocat zu sehen, von diesem Kongress politischer Phantome und Kindskopfe.

Die Ressame der KPD, die sich nicht schämte, in verlogener Weise unsern Kameraden Husemann als Redner anzuführen, hatte einen haußen Lente auf die Beine gebracht. Nach Parteien verteilten sich die Teilnehmer angestellt wie folgt: KPD 462, USPD (Lebedow-Gruppe) 46, DPD 26. (Auf diese 36 ist für die Konferenzteilnahme besonders viel zugute, immer wieder wurden „die Genossen und Genossinnen von der SPÖ“ in der Dpdt und von der Konferenzleitung erwähnt.) Von der KPD waren 11 vertreten, ferner 1 Demokrat, 24 Syndikalisten und 89 Parteilose. Als diese letzte Zahl genannt wurde, riefen Konferenzteilnehmer, die von dem „feierlichen“ Sinn solcher Konferenzen noch keine Ahnung hatten, „Psui“. Die Leitung sagte aber darauf: „Gott sei Dank, daß sie laufen!“

Nach Berufen oder gewerkschaftlichen Organisationen verteilten sich die Teilnehmer wie folgt: Metallarbeiterverband 193, Bauarbeiterverband 35, ausgeschlossene Bauarbeiter 5, Tertiärarbeiter 21, Bergarbeiterverband 22, ausgeschlossen ne Bergarbeiter 2, Verkehrsamt 23, AA-Bund 13, Deutscher Eisenbahnerverband 10, Stahl- und Gemeindearbeiter 11, Rentnerverband der Zimmersleiter 10, Fabrikarbeiter 9, Holzarbeiter 7, Bäder und Stöndi 6, 4 Heizer und Reichsmilizen 5, Glasarbeiter 4, Mäder 4, Schuharbeiter 3, Buchdrucker 2, Staunarbeiter 2, Industrieberband, Schuhmacher, Dachdecker, Gastwirtschaften, Zillertal, Brauer, Würstler je 1, Aussteiger 2, Hirsch, Dunderfische 5, Chirurgische 1, Union 21, Allgemeine Arbeiter-Union 6, Unorganisierte 6.

Von der KPD Frontlast war 1 Vertreter antreibend, von der deutschen KPD-Zentrale 2, von der KPD Rheinland-Westfalen Nord und Süd je 1, ebenso je 1 von der Roten Gewerkschaftsinternationale und der kommunalistischen Reichszentrale der Betriebsräte. Von Landesausstossen kommunalistischer Betriebsräte waren 7, von den rheinisch-westfälischen 20 vertreten. (Dieser Ausjous wurde zum Schluß neu gewählt, alle Vorschlagungen, etwa 30 oder 50, wurden in den „Zur“ Ausschuss gewählt. Wer nun wirklich in denselben blieben soll, wird wohl irgend eine Zentrale bestimmen. Angebliche SPÖ-Mitglieder wurden für den Ausschuss bestimmt: Frau Breymann-Duisburg, Ritter Gelsenkirchen, Schulze und Uebelhart-Essen, Döhl-Düsseldorf, Geder-Jülich und Buschmann-Dortmund.

Die Roten und Lebatten boten ein Bild verantworteter Konfusion und Raufegigkeit. Der französische Gacon jonglirt das lächerliche Loblied auf die kommunistische Internationale. Wenn man ihm glaubt, gibt es in Frankreich keine wichtige Gruppe als die Kommunisten (?) und die alte „Bergarbeiter-Ztg.“ tut nach Gacon den Kommunisten bittiges Urteil, doch sie deren Maße in Frankreich ist ungeheuer. (Wir werden leider auch in Zukunft wahrscheinlich nicht anders berichten können, solange wir uns auch durch persönliche Erfahrungen davon überzeugen können, daß nichts die Kraft der französischen Arbeiterschaft so schwächt, wie die kommunistische Gewerkschafts- und Parteizersetzung.) Aus der Rede Becker's von der Roten Gewerkschaftsinternationale war hervorzuheben, daß er den Verdacht der Réglette gegen Belehrung und Produktionskontrolle durch die Franzosen auch mit dem Vorwurf des Streiks für selbstverständlich hielt. Bedeutend vollständigeres Genie wurde bewiesen durch den Ausspruch: „Die deutsche Industrie besitzt heute nicht Deutschen als vor dem Erzeg.“ Eine Bekräftigung war sehr interessant, daß nämlich die Réglette zur Réglette habe Anwendung ergeben lassen, daß alle zum Verstand gedachten Böcke, einerlei, ob sie ziemlich leichter oder angedrehten seien, als Verlust zu buchen und zum Schadensatz bei der Réglette und Réglette auszuzahlen seien. Das muß dringlich, das die Bekräftigung erweckt und gründlich nachgeprüft wird. Im weiteren Verlauf seiner Rede wurde Becker oft lächerlich unterbrochen, weil er keinermaßen sehr vernünftig und deshalb den Radikalelementen nicht zu entsprechen sprach. Er sollte 1½ Std. sprechen, aber schon nach 1 Std. drängte man ihn ab auf Salzsch. und nach 1½ Std. wurde dem einzigen Rechtern einfach das Wort abgeschnitten. Der Konferenzteilnehmer paßten offensichtlich Feststellungen des Redners nicht, wie die, daß ein Generalstreik in Deutschland aussichtslos sei, wenn er durch die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie „abgetötet“ werde. Becker wußte für die praktische Arbeit der Kommunisten denn auch nur den Rat zu geben, Kontrollausschüsse und Hundertschaften in den Betrieben zu organisieren, und die Fragenfrage. Steuerfragen usw. zur Agitation zu benutzen.

Die Radikale legten dann auch ihrem Rechtern beide die Meinung. Beide der erste, Rosenthal, sagte, die Konferenz fasse die Intelligenz des Industriekreises der (?) und sie bedanke sich schriftlich für ein solches Referat. Sie brauchten keine Schilderung der Lage in Deutschland, sondern praktische revolutionäre Vorschläge. Bei der zweiten Runde waren auch nur die Gewerkschaftsausschüsse und Hundertschaften in den Betrieben zu organisieren, und die Fragenfrage. Steuerfragen usw. zur Agitation zu benutzen. Die Radikale legten dann auch ihrem Rechtern beide die Meinung. Beide der erste, Rosenthal, sagten, die Konferenz fasse die Intelligenz des Industriekreises der (?) und sie bedanke sich schriftlich für ein solches Referat. Sie brauchten keine Schilderung der Lage in Deutschland, sondern praktische revolutionäre Vorschläge.

Bei der zweiten Runde waren auch nur die Gewerkschaftsausschüsse und Hundertschaften in den Betrieben zu organisieren, und die Fragenfrage. Steuerfragen usw. zur Agitation zu benutzen. Die Radikale legten dann auch ihrem Rechtern beide die Meinung.

Ein Stundenlohn als Wochenbeitrag.

Schon verschiedentlich haben wir in Artikeln zur Beitragsfrage darauf hingewiesen, daß die Mehrzahl der Organisationen zur Erhebung eines Stundenlohnes als Wochenbeitrag übergegangen seien, und wie notwendig es ist, daß auch unser Verband diese neue Beitragsregelung einführen müßt. Eine Reihe von Bezirkskonferenzen hat sich im Laufe der letzten Monate mit dieser Frage beschäftigt und in Entwicklungen den Vorstand aufgefordert, diese Neuregelung sobald wie möglich durchzuführen.

Unzweckhaft hätte unsere diesjährige Generalversammlung dieser Forderungen (Stundenlohn als Wochenbeitrag) entsprechen müssen, um den Verband vor finanziellen Schwierigkeiten zu bewahren. Wie in der „Bergarbeiter-Ztg.“ (Nr. 10) schon mitgeteilt ist, mußte die Generalversammlung vertagt werden. Die Neuregelung der Beitragsfrage duldet aber keinen Aufschub mehr und daher beschloß eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes, der Kontroll- und Statuukommission, ab 1. April mit der

Einführung eines Stundenlohnes als Wochenbeitrag

zu beginnen.

Wiederholt haben wir Zahlenmaterial veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß die Beiträge und Beitragseinnahmen mit den immer steigenden Ausgaben nicht mehr in Einklang zu bringen waren. Eine für Februar gemachte Zusammenstellung (die ihrer Länge wegen in Sonderdruck den Ortsverwaltungen zugeht) zeigt für eine Reihe im Verbandsbetrieb erforderlicher

Papiersorten seit 1914 eine durchschnittliche Preissteigerung um das 633fache. Die Beitragssteigerung seit 1914 unter Zugrundezahlen eines Beitrages von 60 Pf. pro Woche und des neuen Beitrages von 1870 Pf. in der Spalte ab 1. April beträgt aber nur das 311fache.

Die Steigerungsziffer für Material zeigt, wie notwendig es war, die Erhebung eines Stundenlohnes als Wochenbeitrag durchzuführen.

Unsere Zeitschriften, die „Bergarbeiter-Zeitung“ und „Verband und Wirtschaft“ kosten allein im Monat Februar circa 55 Millionen Mark.

Wie notwendig die uneingeschränkte Herausgabe der „Bergarbeiter-Zeitung“ ist, beweisen die Beschwerden der Kameraden wegen Nichtzustellung der Zeitung in den letzten Wochen, verschuldet durch die französische Besetzung, die durch Störung der Verkehrswege auch zugleich einen gegebenen Postverkehr unmöglich macht.

Ein weiterer Grund, die Beitragsfrage neu zu regeln, waren einige notwendige Abänderungen unserer Unterstützungsfaile. Umzugs-, Sterbeunterstützung usw. entstanden nicht mehr die Geldentwertung und mußten baldmöglichst erhöht werden. Die Erhöhung kann aber nur mit einer Neuregelung der Beitragsfrage verbunden werden. Sie ist, wie die veröffentlichte Statutaränderung zeigt, vorgenommen worden. Durch die Neuregelung der Beiträge sowie der Unterstützungsfaile tritt auch eine erhebliche Verbesserung und Vereinfachung in der Handhabung des Status ein, unter Aussöhnung an die Geldentwertung.

Zu keiner Zeit wohl war die Existenz unseres Verbanthes mehr gescheitert als jetzt. Um in notwendiger ist es daher auch, den Neuerungen des Status Rechnung zu tragen und vor allen Dingen die Neuregelung der Beiträge restlos durchzuführen. Die Zahl unserer Gegner hat $\frac{1}{2}$ durch die Besetzung des Ruhrgebiets um einen vermehrt, dessen Maß ist nicht allein ist die deutsche Wirtschaft, sondern auch die deutschen Gewerkschaften zu verschlagen und zu schwächen.

Sagen wir deshalb dafür, daß die bislang eine Geschichtsschreibung im Verbande aufrecht erhalten bleibt zur Abwehr nicht nur gegen unsere alten, sondern auch gegen alle neuen Gegner,

des 24-jährigen Probegeneralstreiks und die Errichtung von Hundertschaften.

Janoz & Rümmele will zunächst die Gewerkschaftswaukratie niederrücken. Er möchte sich auch gegen die heimlichen Freunde der revolutionären Linken, die sie anführen wollen, die Reparationsforderungen zu garantieren und die Betriebe zu übernehmen. Als Generalsimus der sozialistischen Hundertschaften setzt sich gleichsam Palme & Co. darin vor. Er erkläre, wie die heimlichen Freunde die Gewerkschaften dazu bringen. Sie haben Zug in den Räumen, ihre Hundertschaften sind streng militärisch organisiert, und wenn sie marschieren, ist kaum einzumarschieren, dann kommt es doch sie sich die Ehrenpiste der Schupo erwerben!!! Die Symmetrie der revolutionären Hausfrauen hätten sie sich durch Bevorzugung dicker Mantel gehofft. Sie schützen auch die Frauen zu den Betrieben und den Unternehmen, weil die Frauen mehr Courage hätten wie die Männer. Sozialarbeiterinnen haben sie sich nach diesem Redner auch die Symmetrie der kleinen Bauern gewünscht, indem sie auf diesen einen Druck ausüben. Klüger Lösungen bleibt herauszugeben. Für die Verteilung der russischen Bevölkerung möchte er Vorschläge machen, monach Bevölkerung eine besonders für Arbeitslose und Kurzarbeiter, natürlich nur sozialistische Revolutionäre, ausgetragen werden sollen. Die Arbeitnehmer dürfte nur genau genaue Angaben über die Verteilung machen. Damit man im geeigneten Moment sich dieser „Solidaten der Revolution“ versichern kann.

Rümmele von der Fentrale der KPD versuchte, zu „revolutionären Daten“ aufzupassen. Er forderte zur Rebellion des deutschen Proletariats auf, zur Rebellion gegen den französischen Imperialismus und gegen die deutsche Bourgeoisie. Die Übernahme der Produktion, heute den Kommunisten von Generalen Gruben angeboten, möchten sie im Kampf erobern. Der Generalstreik bringt keine Verschärfung der bürgerlichen Lage, deshalb müsse nächste Woche ein Proletkult von 24 Stunden gewährt werden. Dann würde der Kampf des gesamten deutschen Proletariats folgen.

Geldhorn-Gelsenkirchen sprach für den 24-Stundenstreik, Geldhorn-Nrn für 50 Prozent Lohnverhöhung. Wenn man 24 Stunden freie, würden die Unternehmer 14 Tage aussetzen. Rümmele forderte die sofortige Bildung von organisierten Hundertschaften, Einführung der Guothäuser und Gefangenisse. Ein revolutionärer Ordnungsdienst müsse die Schule erledigen, allerdings sollte dieser Dienst nicht die bürgerliche Ordnung zerstören, sondern nur die proletarischen Interessen, oder Gemeinden und Unternehmen müßten diesen Dienst finanziieren (?).

Ein Antrag aus Duisburg wollte Mindest jeden Lohnabzug (Steuer) ohne Rücksicht auf bürgerliche Gesetze, die ausgefeilten Kosten aufzutragen an arme Leute bereitstellen. Die Unruhe in

der Konferenz war teilweise so groß, daß die Leitung sagte, es löse sich alles in Sondertagungen auf.

Becker riß in seinem Schlusswort energisch von den Generalstreitideen zurück, so daß das Ergebnis des ganzen Kongresses nichts sagende Resolution über die Vorbereitung des Kampfes war.

Bei den Kommunisten gibt es Leute, die bei der Produktion von Aufzügen unüberzeugt sind. Vor einiger Zeit verachtete einer unserer Kollegen die Aufzüge, Manifeste u. dgl. zu sammeln. Als nach einigen Wochen seine Sammelmappe überließ, überging er sie unerwartet zu besserer Verwendung mit den Worten: „Ich möchte sonst in einigen Jahren ein besonderes Lagerhaus bauen!“

Der Kongress nahm wiederum ein „Manifest“ an — ausgearbeitet war es vorher von den Inspectoren — von der Länge einer Zeitungsdrußseite. Neues wird nicht darin gesagt. Bücher, Stimmen, Thesen, Handbuch, Belegschaften, Blätter, Band- und Börsenschriften, nobelpreis auch Poincaré nimmt durch einander, kurz und gut, ein Lexikon, wie man es alle Tage in kommunistischen Schriften findet. Der einzige Freund und Bundesgenosse soll nur Aufwand sein. Bechaar in zuerst zum deutsch-französischen Gegenschlag in der Ruhrfrage, daß Ruhrland seine Mittel habe, Deutschland zu helfen. Was steht es die deutschen Kommunisten, an Phrasen sich herauszustellen, mit Phrasen andere flattern, ist leichter als Gehirnschläge öffnen.

Gegen die sogenannte „Oppositionszentrale der Union“ bestand gegen Bartels wurde eine besondere Einschließung angenommen. Vielleicht war man vor dem aber Angst haben!

Ferner haben sich die Kommunisten auf diesem Kongress einen neuen Bluff getestet. Sie ließen eine sogenannte DGB-Fraktion ausmarschieren, die sie drei Einschließungen aufwarf, eine gegen die Saboteure der Einheitsfront, eine zweite für eine Arbeitserziehung in Sachsen und gegen die Cuno-Regierung und eine dritte gegen die „Muhrlaifse“. Es handelt sich teils um harmlose unbekannte Menschen, teils um Kommunisten, die unter der DGB-Fraktion firmieren. Einer weiteren Erörterung ist das ganze nicht wert.

Ausschließung der Betriebsräte in alt- und neubesetzten Gebieten.

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Verordnung auf Grund des Notgesetzes (Sozial- und Kleinrentner-Wohlfahrtspflege) vom 8. März 1923 erlassen, deren § 5 sich auf die Betriebsräte bezieht und folgendermaßen lautet:

„Die infolge Ablaufs der Wahlzeit erforderlichen Neuwahlen zu den Betriebsvertretungen der im besetzten Gebiet und im Einbruchsgebiet gelegenen Betriebe werden bis zum 31. März 1924 aufgeschoben. Die Amtsduauer der beim Inkrafttreten der Verordnung im Amt befindlichen Mitglieder von Betriebsvertretungen wird bis zur Durchführung der Neuwahlen verlängert. Sowohl Mitglieder einer Betriebsvertretung ihr Amt niedergelegt haben oder eine Betriebsvertretung insgesamt zurückgetreten ist können sie innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Verordnung durch Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber die Amtsniederlegung oder den Rücktritt mit der Wirkung widerrufen, daß sie als nicht geschehen gelten.“

Auf Neuwahlen, bei denen zur Zeit des Inkrafttretns der Verordnung die Stimmabgabe schon geschlossen war, findet Absatz 1 keine Anwendung.

Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 finden auch Anwendung, wenn nur Teile eines Betriebes oder bei Gesamt- oder gemeinsamen Betriebsräten nur einzelne Betriebe im besetzten Gebiet oder im Einbruchsgebiet liegen. Sie gelten ferner für die nach § 61 des Betriebsrätegesetzes gebildeten Betriebsvertretungen der Unternehmungen und Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeindeverbände, soweit der Bereich der Dienststelle oder der Behörde, bei der die Betriebsvertretung eingerichtet ist, ganz oder teilweise innerhalb des besetzten Gebiets oder des Einbruchsgebiets liegt.

In Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der Absätze 1 bis 3 ergeben, entscheiden die nach den §§ 93, 94 und 103 des Betriebsrätegesetzes zuständigen Stellen.“

Zur Erläuterung dieser Verordnung wird darauf hingewiesen, daß diejenigen Betriebsvertretungen, welche auf Grund ihres Wahlzahles in der Februar-Raumzeit der „Betriebsratzeitung“ ihre Amtsduauer niedergelegt haben, falls die Wahl nicht ingrossen Bereichs durchgeführt ist, durch eine Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Verordnung die Amtsniederlegung bzw. den Rücktritt widerrufen können.

Bezüglich der besondren Betriebsräte gemäß § 61 BGB ist angeordnet worden, daß alle örtlichen und Bezirks-Betriebsräte, die ganz oder teilweise im alt- und neubesetzten Gebiet sind, jetzt keine Neuwahlen vorzunehmen brauchen. Dies betrifft sich auch auf die Haupt- und Kreis-Betriebsräte. Dagegen vorgenommene, deren Gültigkeit ganz im unbesetzten Gebiet liegt.

Es ist für jeden läßt und ältesten befindenden Menschen selbstverständlich, daß infolge der Entnahmen im alt- und neubesetzten Gebiet die Gewalt ordnungsmäßig durchgeführt wird. Außerdem erfordert eine derart schwierige Situation auch eine geartete Betriebsverfassung, und schon aus letztem Grunde ist die Notwendigkeit des Betriebsvertrags der Volks- und anzurechnen. Deshalb ist es auch vollkommen absurd, wenn das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, „Die Rote Fahne“, in der Nummer vom 28. Februar d. J. den Gewerkschaften unterstellt, sie hätten die Absicht, eine Änderung des Betriebsrätegesetzes vorzunehmen und insbesondere dahin zu wenden, daß nämlich nur alle drei bis vier Neuwahlen stattfinden sollen. Der Awd dieser Gewerkschaften ist, so behaupten die Kommunisten, die Abschaffung der Betriebsräte überhaupt. Die Unterstellungen sind nicht anders zu bewerten, als die vielen anderen unwahren Behauptungen der Kommunistischen Partei, die nur aufgestellt werden, um das Agitationsbedürfnis dieser Partei zu befriedigen und ihrer Stärke in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder hervorzurufen.

Es erhebt vielleicht nicht notwendig, zu versichern, daß es den Gewerkschaften niemals einfallen wird, die Rechte der Arbeitnehmer zu versiegeln. Dagegen muß berücksichtigt werden, daß die Kommunistische Partei Deutschlands ihre Befehle von oben ausführt und diese widersprüchlich durchzuführen ist, während in deutschen Gewerkschaften den Willen ihrer Mitglieder ausüben und nur Maßnahmen durchführen, die von diesen oder den durch gewerkschaftliche Körperschaften, das Betriebsrätegesetz zu verschlechtern, liegen selbstverständlich nicht vor und ebenso selbstverständlich können infolge der Gewerkschaften auch derartige Forderungen an die Regierung nicht gestellt haben. Die Behauptungen der KPD sind daher vollkommen unwahr.

Preise über Weltmarkt. Deutsche Konkurrenzunfähigkeit.

Weltkreise der deutschen Industrie haben in ihrem Gewinnstreben jedes Augenmaß verloren und ruinierten so selbst die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu einer Zeit, wo der Dollar noch das 4%tausendfach über seinem Friedenswert gilt. Einen deutlichen Anschauungsunterricht über die Folgen dieser Methode gab die Anfang März erschienene Leipziger Messe, auf der die Ausländer mit ihren Räumen wesentlich durchhielten, weil selbst ihnen die deutschen Waren zu teuer waren! Dr. Erich Wulf veröffentlicht im "Berliner Tageblatt" einige Mitteilungen, die sehr interessant sind. Wulf schreibt:

"Wer von dem blühenden Export Deutschlands vor dem Kriege starke jährlinge Eindrücke empfangen und den Gesamtaufgang auf den deutschen Messen nach dem Kriege verfolgt hat, kann sich eines bestimmden Gefüls nicht entziehen, wenn er jetzt von den Vertretern der meisten Industrien die resignierte Auskunft erhält, daß Ausländer fast gar nicht kaufen, daß die Preise weit über den Weltmarktpreisen liegen und daß Deutschland für sehr zahlreiche Warengruppen auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sei. Die Preiswelle hat ihren höchsten Raum erreicht und überschlägt sich. Sie wird manchen Fabrikanten unter sich begraben."

Werkzeugmaschinen sind kaum noch abzufegen, abgesehen von hervorragenden Konstruktionen, die ohne Rücksicht auf den Preis Absatz finden. Nur außerordentliche Erfindungen, meinen viele Fabrikanten, können den deutschen Export noch retten. Wundergläuben statt Besserungswillen! Die geistige Not in Deutschland ist seit Kriegschluß so groß, daß wahrscheinlich nicht Deutschland, sondern andere Länder in technischen Verbesserungen vorangehen werden.

Von der Maschine bis zur Puppe, alles ist zu teuer. Sehr begreiflich, wenn man sieht:

Eine 85 Centimeter große Puppe, die im Großhandel mit 75 000 M. abgegeben wird, würde im Einzelverkauf etwa 150 000 Mark, und eine komplizierte Puppe mit Überzug, die vom Verleger nicht unter 300 000 M. zu haben ist, würde im Laden über eine halbe Million kosten. Das zahlt, bis auf geringe Ausnahmen, kein Mensch mehr, weder ein Ausländer noch ein Deutscher. Für das Maß, um das die deutschen Preise über den Weltmarktpreisen bewegen liegen, liefert auf der Möbelmesse eine böhmische Firma ein erstaunliches Beispiel. Sie exportiert nach Holland eine bestimmte Art von hölzernen Bettgestellen für 10 Gulden. Sie darf nicht einen Cent mehr nehmen, weil sie dann mit dem entsprechenden holländischen Fabrikat nicht mehr konkurrenzieren könnte. Dasselbe Bettgestell verkauft die Firma in Deutschland zu dem Gegenwert von 15 Gulden, so daß man also ein Fabrikat aus Holland um 50 Prozent billiger bezahlen könnte als in Deutschland. Die Firma erklärt, daß sie an dem Exportpreis nichts verdiente und nur deshalb Ware ausführen, weil sie auf eine erhebliche Kursbesserung der jetzt herein kommenden Guldenhöfe hoffe."

Ratloslich geben die Fabrikanten als Ursache der hohen Preise ebenfalls die hohen Löhne an. Dr. Wulf sagt dazu mit Recht:

"Wenn eine Gefundung unserer französischen Wirtschaft angestrebt werden soll, muß solchen Versuchen, die Wachstum zu verschließen, entschieden entgegengetreten werden. Der Arbeitslohn macht auf vielen Produktionsgebieten nur 20 bis 30 Prozent des Fabrikationspreises aus und fällt bei hochwertigen Waren dessen Preis in die Millionen. Keineswegs am schwersten ins Gewicht. Entscheidend für den Exportpreis ist nur das Verhältnis, in dem der französische Arbeitslohn zu dem ausländischen steht, und da muß gesagt werden, daß die an die deutschen Arbeiter gezahlten Löhne noch weit unter den Arbeitslöhnen anderer Länder liegen, deren Rundschau wir jetzt auf dem Weltmarkt verloren haben. Ein Qualitätsarbeiter in der Tschechoslowakei verdient für die Stunde 6 Kronen, also etwa 4000 M., und ein holländischer Arbeiter 90 Cent bis zu einem Gulden, also etwa 8000 M. Zwischen diesen Löhnen und den deutschen, die jetzt durchschnittlich etwa 1500 M. für die Stunde vertragen, läßt eine noch groÙe Differenz, die ins Auge fein sollte, die deutschen Preise mit den Weltmarktpreisen wenigstens auf einer Stufe zu halten."

Hohe Bank- und Frachtspesen tragen zur Versteuerung bei, aber die Hauptursache liegt doch darin, daß die Fabrikanten in dem Währungskaos jeden Sinn für Kosten verloren haben. Schuhe, in denen 25 000 M. Arbeitslohn enthalten sind, werden auf der Messe für 105 000 M. verkauft, eine andere angelehnte Firma liefert dieselbe Qualität mit Nutzen für 80 000. Woran es ankommt und was die Gefundung hindert, sagt Wulf wie folgt:

"Ein methodischer und allgemeiner Abbau der Preise muß zuerst bei den Rohstoffen und den HoChindustrien erfolgen, und der Umstand, daß hier eine große Schwierigkeit sich erüttelt hat, beträchtlich und verzögert eine Preisherabsetzung der Fertigfabrikate bis zu dem Grade, der den gegenwärtigen Währungsverhältnissen entspricht. Diese am Anfang der Produktion stehenden Unternehmer sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl der Meinung, daß die Regierung an einem verhältnismäßig niedrigen Dollarfuß nur so lange ein Interesse habe, als die innere Goldanleihe untergebracht ist und die Witten im Ausland besondere Maßnahmen notwendig machen. Sie glauben nicht an eine Marktstabilisierung von längerer Dauer, sondern an eine baldige Dollarbesserung."

Doch diese Kreise auch anders können, zeigte der weitere Verlauf der Leipziger Messe. Als niemand laufen, fingen die Aussteller an, an Stelle ihrer Phantasiepreise willkürlich Preise zu setzen und dann wurde erheblich verkaufen, weil nun die Preise 40 bis 50 Prozent unter den Preisen der ersten Tage lagen.

Börsenwirtschaftliche Rundschau.

Keine gerechten Steuern!

Die Bürgerlichen haben im Reichstag vollendet, was sie im Steuerausschuß an neuem Steuerrecht begannen. (Siehe Nr. 11 Bdg.) Sie haben im großen Ganzen an ihren den Besitz entlassenden Beschlüssen festgehalten, sie ließen es darauf ankommen, daß am 8. März die Sozialdemokraten die Vorlage in der Scharfschützen verklagen, indem sie Beschlußfähigkeit des Reichstags verhinderten. Anfang März wurde das Gesetz gegen die Sozialdemokraten angenommen. Selbst die demokratische "Frank. Bdg." reht sich veranlaßt, zu der Steuerdrückebergerat der Bürgerlichen zu schreiben:

"Die geschlossene Mehrheit der Bürgerlichen Fraktionen stimmte nicht nur nahezu alle sozialdemokratischen Anträge nieder, sondern zeigte sogar wiederholte Neigung, die Regierungsvorlage wesentlich zu verschlechtern, so daß die Sozialdemokraten manchmal in die Rolle der Verteidiger der Regierungsvorlage gedrängt wurden. Nur dem starken Druck, der innerhalb der Bürgerlichen Mehrheit von den Arbeiterverteilern des Zentrums ausgegang, war es schließlich zu verdanken, daß die Bewertungsberichtsräte wenigstens einigermaßen den veränderten Verhältnissen angepaßt wurden. Die Regierungsvorlage hätte an sich bei verständiger Behandlung eine erwünschte Gelegenheit bieten können, durch eine ausgleichende Belastung des Besitzes und Gehaltsabzug den davon betroffenen Steuerpflichtigen angefangen wurde, um so eine politische Wirkung zu erzielen, die gerade jetzt wohltätig gewesen wäre. Dafür konnten sich die Auschuhmehrheit auf diesem Gebiet nicht zu einer wirtschaftlich durchgreifenden Reform entschließen und so war es nicht verwunderlich, daß die Sozialdemokraten bereits im Ausschuß das ganze Gesetz ablehnten."

Die Zentrumsbürokratentreter machten bis zur Verhandlung im Ausschuß den Bürgerlichen weitere Konzessionen und der Deutsche meint, daß Verhalten der Sozialdemokraten habe über

das Ziel hinausgeschossen und nicht genügend berücksichtigt, daß es sich um ein Notgeschäft handle. Wir meinen trotzdem: Die Politik der Bürgerlichen ist sehr krasseitig. Daher müssen sie doch nach der Liquidation der Ruhrbefreiung weit mehr als heute. Durch eine frühzeitige vernünftige Steuerreform würden sie die Stimmung im Volk, aber auch die tatsächliche Lage des Reiches verbessert haben. Da sie das nicht getan haben, sind sie auch für die ungünstigen Folgen verantwortlich.

Landwirte und Roggensteuer.

Im Jahre 1922 haben die Landwirte vielleicht einen erheblichen Kampf gegen ihre Bäcker geführt, um an Stelle des Geldbacht-Nahrungspacht an zu bekommen, d. h. statt so und so viel Markt Pacht sollten die Bäcker so und so viel Rentner Korn pro Morgen als Pacht zahlen. Vielfach ist Ihnen dies auch gelungen.

Der oldenburgische Ministerpräsident Lanzen hat nun die Konsequenz aus diesem Kampf der Landwirte gezogen und eine Roggensteuer vorgeschlagen, d. h. eine Steuer, die abhängig ist von dem wirklichen Ertrag und nicht von der bisher üblichen lächerlich geringen Einschätzung des Ertrags.

Aber dagegen wenden sich die Agrarier auf das heftigste. Der Deutsche Landwirtschaftsrat wendet sich in einer besonderen Entschließung gegen diesen Plan und bezeichnet diese Steuer als den sichersten Ruin der Landwirtschaft.

Ja, Roggen pacht, die man einsetzt und Roggen steuer, die man zahlt, ist natürlich etwas ganz Verschiedenes!

4628 Milliarden Mark schwedende Schulden.

Der Stand der schweebenden Schulden am 28. Februar 1923 betrug insgesamt 4628 248 Mill. M. (am 31. Jan. 2781 203 Mill. Mark und am 31. Dezember 1922: 2002 821 Mill. M.). Hierin sind 3282 248 Mill. M. disinterierte Reichsschatzanweisungen, 294 204 Mill. M. weitere Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln sowie 745 708 Mill. M. M. Sicherheitsleistungen mit Schatzanweisungen und Schatzwechseln (hierunter 715 Mill. Mark für Zwecke der Reichsgetreideversorgung) enthalten.

Die Lebenshaltungskosten. Februarsteigerung 136 Proz.

Der Stand der schwiebenden Schulden am 28. Februar 1923 betrug insgesamt 4628 248 Mill. M. (am 31. Jan. 2781 203 Mill. Mark und am 31. Dezember 1922: 2002 821 Mill. M.). Hierin sind 3282 248 Mill. M. disinterierte Reichsschatzanweisungen, 294 204 Mill. M. weitere Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln sowie 745 708 Mill. M. M. Sicherheitsleistungen mit Schatzanweisungen und Schatzwechseln (hierunter 715 Mill. Mark für Zwecke der Reichsgetreideversorgung) enthalten.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Knappelschaftliche Bedürftigkeitszulagen und Rostandsunterstützung.

Dass die Sozialkassen in diesen Zeiten von allen Vollstreitern am schwierigsten zu leiden haben, das ist heute jedem vernünftigbegabten Menschen bewußt. Niemand hat die Kapitalentwertung so katastrophal gewürfelt wie in der Sozialversicherung. Durch sie sind die armen Rentenempfänger um die Haltung verteidigt worden, daß sie in Zeiten der Arbeitslosigkeit von ihrer Rente, für die in Jahreshinsicht lang Beiträge gezahlt haben, wenn auch unter großen Einschränkungen leben könnten. Die Rentenentnahmen, die man seitdem vorgenommen hat, sind viel zu gering als das, was einen Ausgleich für die Entwertung bringen können. Auch die Unterstützungen, die nach dem Gesetz über Rostandsmaßnahmen geschaffen wurden, waren bisher so gering, daß damit kaum ein Auskommen möglich war. Wenn deshalb so ein Käfer von einer anderen Seite eine Unterstützung erholt, wer wollte sie ihm da missgönnen? Und dennoch gibt es Behörden, die ohne jeden Zwang herzu, die Unterstützung nach den Rostandsmaßnahmen den Armen vornehmen, weil sie noch von anderer Seite eine geringe Unterstützung erhalten.

Gemeint ist hiermit die Anrechnung der Teuerungszulagen, die Knappelschaftsvereine, oft nur als Vermöbler, an die Rentenempfänger ohne jede Rechtspflicht gewähren. Um die Richtigstellung dieser Zulagen ist in dem letzten Jahre ein zäher Kampf geführt worden. Die Knappelschaftsvereine vertraten die Ansicht, daß diese Teuerungszulagen, die ohne jede Rechtspflicht gewährt werden, als Beiträge der freien Wohlfahrtspflege anzusehen werden müßten und demzufolge zu dem Gesamteinkommen nicht gerechnet werden dürfen. Die Gemeinden waren der günstigeren Ansicht und redeten die Zulagen an. Namentlich der Oberbürgermeister von Mülheim a. d. Ruhr hat sich in dieser Sicht "verbündet" gemacht, indem er eingestanden hat, an den Reichsarbeitsminister möchte, um den Allgemeinen Arbeitsausschuß zu zwingen den Gemeinden Auskunft darüber zu geben, an welche Personen die Teuerungszulage gezahlt würde. Bis jetzt hat sich der Knappelschaftsverein gewigert, dies zu tun. Nichtsdestoweniger redeten die Gemeinden den Rentenempfängern, von denen sie wissen, daß sie eine Bedürftigkeitszulage vom Allgemeinen Knappelschaftsverein bekommen, biese an.

Die Anrechnung widerspricht nach unserem Dafürhalten dem Satz der M. § 8 Abs. 2 der Ausführungsverordnung zum Gesetz über Rostandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Arbeiter- und Angestelltenversicherung vom 24. Dezember 1921, wonach Unterstützungen, welche die private Wohlfahrtspflege ohne Rechtspflicht gewährt, nicht zum Gesamtbudget einzutragen seien. Der Aufstellung ist auch der Reichsarbeitsminister da er in seinem Rundschreiben an die Länder vom 16. Juni 1922 ausdrücklich betont, daß Unterstützungen, die Bevölkerungseinrichtungen (Knappelschaftspensionskassen usw.) ohne Beschein einer Rechtspflicht gewähren, bei der Feststellung der Rostandsunterstützung anrechnungsfrei sind. Dass z. B. die Knappelschaftliche Bedürftigkeitszulagen als Unterstützung der Wohlfahrtspflege ohne jede Rechtspflicht anzusehen werden müssen, geht aus einem Schreiben hervor, das der Bergbaureferent Essen unter dem 9. August 1922 an den Allg. Knappelschaftsverein richtete und das wie folgt lautet:

Wir gehen hierdurch gegenüber dem Allg. Knappelschaftsverein die Erklärung ab, daß die von uns bewilligten Beiträge wie die Zulage an den Knappelschaften und die Bedürftigkeitszulage für Arbeitslose, Witwen und Witfeln des Allg. A.-V. eine freiwillige jederzeit widerzufließende Zuwendung darstellen und nur unter der Voraussetzung zur Verfügung gestellt werden, daß die daraus gezahlten Zulagen und Unterstützungen nicht in irgend einer Form seltens des Reiches oder Sittens der Gemeinden bei Unterstützungen irgendwelcher Art der Beamtensumme auf Grund der Notfeste in Anrechnung gebracht werden. Sollte von den genannten Stellen in einer dieser Voraussetzung nicht entdeckten Weise verfahren werden, so ist die weitere Zahlung der Zulagen einzufstellen."

Auch die Bedürftigkeitszulagen, zu deren Besteitung Arbeiter und Gewerkschaftsbeiträge dienen, werden ohne Rechtspflicht gewährt, so daß auch sie ohne weiteres berechnungsfrei bleiben müßten.

Während in einigen Ländern in diesem Sinne verfahren wird, werden in Breitungen die Zulagen doch angerechnet. Die Gemeinden führen sich dabei auf die Richtlinien des preußischen Wohlfahrtsministers vom 20. Juni 1922, wonach es "schriftlich" der erwähnten Zulagen heißt: "so kann eine Anrechnung unterbleiben."

Auf Antrag der Arbeiterschaftskommission Bochum hat deshalb der Bergarbeiterverband zu Anfang dieses Jahres an den Reichsarbeitsminister eine Einrede gerichtet und ihn darin erläutert, daß zu wünschen, daß die Bestimmung seiner Ausführungsverordnung vom

21. Dezember 1921 eingehalten wird, oder wenn sie noch nicht eindeutig genug ist, eine neue zu erlassen. Auf diese Einrede erhält der Verband nachstehende Antwort:

Jedem mit dem Herrn Preußischen Minister für Volkswohlfahrt in Verbindung getreten und habe auf mein Rundschreiben vom 16. Juni 1922 — VIII 1922 22 — Bezug genommen, wonach solche Beilage, die von Einrichtungen des freien Wohlfahrtspflege oder von anderen Stellen mit der ausdrücklichen Bestimmung gewährt werden, daß sie die Unterstützung nach dem Rostandsmaßnahmengebot lediglich ergänzen, im Falle der Anrechnung oder weglassen sollen, anrechnungsfrei bleiben.

Eine entsprechende Beilage wird in die Rödele zum Notstandsmaßnahmengebot aufgenommen werden. Über das Ergebnis meiner Verhandlungen mit dem Herrn Preußischen Minister für Volkswohlfahrt werde ich dem Verband weitere Mitteilung zulassen lassen."

Nach Lage der Sache ist also zu erwarten, daß in Zukunft die Anrechnung der Bedürftigkeitszulage unterbleibt. Geschickt dies nicht so zu befürchten, daß die Sparsamkeit anderer Kreise einen Stoß erleidet, wenn man sieht, daß durch die Unterstützung andere Stellen, die zu leisten verpflichtet sind, entlastet werden.

Nachrichten aus der Montanindustrie. Vollziehung des Reichstalsrats.

In der am 28. Februar 1923 abgehaltenen Vollziehung wurde zu den Vorschriften betreffend Rüfung der Beiträge zu den Kosten der Probeuntersuchungen folgender Beschluss gefaßt:

Der Gehißherrlos der Raffinerien wurde auf 3500 M. festgesetzt und zwar gilt die Beitragsobligation des Reichstalsrats mit Wirkung vom 15. Februar 1923 und im übrigen mit Wirkung von dem Tage der zu erledigenden Befannimation ab; sofern der Raffinerie erhöht wird, soll die Steigerung 75 Prozent des Durchschnitts der Erhöhung für Soda- und 10 Prozentiges Raffinerieöl betragen. Die Kosten der vom Abnehmer veranlaßte Analyse sind gleichzeitig ob Werk- oder Empfängerseite — auch im Falle des Unterliegens des Empfängers zur Hälfte vom Reichstalsrat zu tragen. Die vorliegende Bestimmung beschränkt sich nur auf eine vom Empfänger veranlaßte Analyse, gleichzeitig ob vom Werk oder vom Empfänger veranlaßte Analyse, die Kosten einer weiteren Analyse, gleichzeitig ob vom Werk oder Empfänger veranlaßt, trägt der unterliegende Teil unabhängig von der Berechnung der Vergütung für Unterhalt.

Gleichzeitig besteht die Versammlung eine Bekanntmachung des Reichstalsrats, betr. Anmeldung von Raffinerien (§ 83) der Durchführungsvorschriften zum Raffinerieölzoll in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1921. Diese Vorschriften sollen dem Reichswirtschaftsminister wieder gehöriger Abänderung der vorgenannten Durchführungsvorschriften empfohlen werden. Zu den weiterhin noch vorliegenden vom Reichswirtschaftsminister in Aussicht genommenen Änderungen der Tüllungsverordnungen kommt nicht Erklärung genommen worden, vielmehr wurde die Vorlage einer zu diesem Zweck geschafften Sonderkommission zur eingehenden Prüfung überreicht.

Internationale Rundschau.

Es lebe der Krieg! — Fort mit dem Frieden!

In der Brüsseler "Volksgraz" vom 15. Februar 1923 finden wir folgende bemerkenswerte Worte: "Die französische Regierung hat ein neues Flottenprogramm entworfen, daß dem Parlament zur Annahme vorgelegt werden soll. Dieses Programm kostet den Staat von 360 000 T. leichter Kriegsschiffe, 65 000 T. Tauchboote, 60 000 Tonnen Wasserflugzeugmutterboote vor. So also wird die nächste Krieg vorbereitet! Was das Deutsche Reich vor 1914 war, das ist jetzt Frankreich, indem es den kriegerischen Ton angibt für den Krieg von morgen. Was ist die Menschheit doch konstnig, daß sie sich gegen diese verderbliche Kriegspolitik nicht zur Wehr setzt!"

Die Gewerkschaften in England.

Infolge der eigenartigen Struktur der englischen Gewerkschaften kostet es schwer, zuverlässige, nach "reinen" Blättern verzeichnende zu erhalten. Einen Einblick in die Mitgliederzählung gewährt jedoch der Jahresbericht für 1920 der leitenden Kämmerei der Reichsleitung der Unterstützungsvereine (Krieger- und Sozialhilferegister). Die "Labour Gazette" vom September brachte summarische Zahlen über die Mitgliedschaft der Gewerkschaften bis Ende 1921. Die Jahresberichte sowohl der Arbeiterpartei als auch des Gewerkschaftsbundes gewähren eine detaillierte Einsicht in den Stand der angestammten Mitgliedschaften beider Organisationen für das Jahr 1922. Eine Zusammenstellung dieser verschiedenen Jahren ermöglicht eine ziemlich genaue Übersicht, wieviel Mitglieder die Gewerkschaften haben und wie sie sich auf die verschiedenen Organisationen verteilen.

1920 betrug die Mitgliedszahl der Gewerkschaften etwas weniger als 2 Millionen und 1921 kostet sie noch unter 2,5 Millionen. Der Kriegsausfall brachte sie dann Ende 1918 auf über 4 Millionen. Nach einem Stillstand stieg sie dann während der Kriegsjahre sehr rasch und betrug Ende 1918: 6 664 000. Die Zahl ist der Arbeiterschwung nach dem Kriege nicht nach einen größeren Anwuchs zur Folge. Die Gesamtmitgliedszahl stieg jedoch auf über 8 Millionen am Ende des Jahres 1919 und erreichte Ende 1920 knapp 8,5 Millionen. Diese Zahl bezeichnet bis jetzt die höchste Mitgliedszahl der gewerkschaftlichen Organisation.

Schon im Jahre 1921 trat ein Rückgang ein, die Zahl der Mitglieder begann schnell zu fallen und war noch vor Ende des Jahres auf 6 793 000 zurückgegangen. So war also bereit während des ersten Jahres der ganzen Kriegsüberwachung der Nachkriegszeit verloren gegangen. Der Rückgang dauerte auch noch über das Jahr 1920 an, so daß die Zahl der auf dem Gewerkschaftsbürogriff von

Vereinigte Weberverband, der Typographenbund, die schottischen Bergarbeiter, der Verband der Arbeiter bei der Post und der Nationalverband der Druckerarbeiter. Das Gesamtbemögen der eingetragenen Gewerkschaften betrug 1920 mit etwas weniger als 16 Millionen Pfund Sterling eine kaum merkbare Abnahme gegen das Vorjahr.

Kohlenzehr oder Kerfer?

Nangoku Beha (der Kerker), so heißen in spanischer Volksprache die Arbeitslager Nordspaniens. Die Arbeitnehmer werden im ganzen Lande angeworben. Das Geld für die Reise wird ihnen aus dem künftigen Lohn freundlich "vorgeschoßt". Um Ort und Sicht ankommen, müssen die Arbeiter in Gängen warten, die dem Arbeitgeber gehören, wo sie überwacht und rücksichtlos gezwungen werden, die Lebensmittel im Geschäft selbst zu teuren Preisen zu kaufen. Sind sie einmal im Geschäft, so verlieren sie jede Bewegungsfreiheit. Die sindbündigen Zustände haben natürlich nicht das Parlament — das nach einem antideutschen Wahlrecht gewählt ist und keine Arbeitervertreter hat —, wohl aber die "öffentliche Meinung" aufgerufen. Das Positionspapier des Innenministeriums hat sich ausmünden geschen, die Unternehmung zu einer rücksichtsvollen Bedienung der Arbeiter, zum "Reibelt vor dem Beitrage" (!) und zur Erteilung der Ressorten an die Arbeiter anzuhalten. Da aber keine Organe zur Ausübung und Kontrolle dieser Maßnahmen vorgesehen sind, so ist allein von der Verbesserung der Lage der Kohlenarbeiter zu erwarten. Im ganzen sind in Spanien 350 000 Menschen in den Kohlengruben beschäftigt, davon fast 100 000 Frauen, von denen etwa 76 000 unter Tage arbeiten. Die Zahl der arbeitenden Kinder unter 15 Jahren beträgt 400. Die Zahl der Todesfälle und Verlegungen betrug im Jahre 1919: 191 000 (also ein Todesfall oder eine Verlegung auf jeden zweiten Arbeiter).

Knappshärtliches.

Jahresbericht des Allg. Knappshärtvereins zu Bochum.

Der übliche Jahresbericht, den der Allgemeine Knappshärtverein herausgibt, ist für das Berichtsjahr 1921 erst dieser Tage fertig. Durch die berücksichtigte späte Herausgabe verliert der Bericht viel an seinem aktuellen Wert. Die andauernde Kapiergeldentwertung, die in den letzten Jahren zu verzeichnen war, macht es auch unmöglich, daß man die Leistungen im Vergleich zu denen der früheren Jahre bringen und genau sehen kann, ob sie höher oder niedriger sind. Stein ziffermäßig sind alle Leistungen höher. Wie sehr aber auch ihr Wert größer oder geringer ist, ist schon schwieriger zu beurteilen. Ammerman kann man mit dem Zahlenmaterial sich wenigstens ein ungefähres Bild von der Lage des Vereins machen. Es seien hier deshalb einige Zahlen der verschiedenen Kassen angeführt:

Die Krankenkasse hatte 1921 im Durchschnitt 520 078 Mitglieder; 1920: 483 570, mit 1921: 45 500 mehr. Die Einnahmen dieser Haftabteilung betrugen: 1921: 328 165 924,42 Pf., die Ausgaben 194 888 211,73 Pf. Die Einnahmen übersteigen die Ausgaben um 128 277 712,70 Pf. Der Bilanzwert des Vermögens der Krankenkasse stieg von 120 702 927,93 Pf. auf 269 172 558,53 Mark am Schluß des Jahres 1921. Die durch Gesetz vorgeschriebene Höhe der Rüdlage war dadurch erreicht. Während zu Ende 1921 die Vermögenslage der Knappshärtvereinkasse als günstig bezeichnet werden konnte, drohte die Geldentwertung die im zweiten Halbjahr 1922 einzog, die Krankenkasse in eine schwierige Lage, über die sie nur durch Heraufsetzung der Beiträge bis zu 20 Prozent des Grundbetrags im September und Oktober hinwegkam. Die hauptseculischen Posten der Ausgaben sind u. a. die für Arztgehonorare 52 254 326,68 Pf., für Arznei- und Verbandsmittel 15 255 334,43 Pf., für Krankengeld 63 205 844,20 Pf., für Krankenhauslasten für Mitglieder 53 991 829,05 Pf., für ärztliche Behandlung von Familienangehörigen der Versicherten 10 854,00... Pf., für Krankenhauspflege für Familienangehörige 2 419 000... Pf. und für Verwaltungskosten 15 208 794,67 Pf.

Wie dem Gesundheitsbericht zu entnehmen ist, traten Erkrankungen, die Arbeitsunfähigkeit verursachten, in 260 957 Fällen ein, im Jahre vorher 259 134. Die Zahl der abgeschlossenen Erkrankungen auf 1600 Mitglieder betrug 501, im Vorjahr 534 und die durchschnittliche Zahl der Krankheitstage für den Krankenfall 21,2, im Vorjahr 23,3. In 60 213 Fällen wurde die Arbeitsunfähigkeit durch Verlegungen im Betrieb verurteilt, darunter in 101 Fällen durch Gasvergiftung. Insgesamt sind 1921: 3448 Todesfälle zu verzeichnen, worunter 33 auf Gasvergiftung fallen.

Auf einzelne besondere Krankheiten entfallen die Erkrankungen wie folgt: (Die Zahlen in Klammern sind aus dem Vorjahr.) Ruhr 718 (757), Unterleibspulse 229 (180), Akuteritis des Darmes, knochne Lungen und anderer innerer Organe 1421 (110), Grippe 1938 (1703), Typhilis 452 (1064), Malaria und Tropenkrankheit 95 (91), Alkoholvergiftung 20 (11). Verbreiterkrankungen 5615 (628). Begegnungen kommen nur 52 Personen in ähnliche Bekämpfung; doch kann daraus nicht geschlossen werden, daß diese Krankheit völlig verflogen ist. Nur wegen der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse können die Augenzüchter nicht fristen.

Die Pensionskasse zählte 1921 einschließlich der Beamtenabteilung im Fachbürobüro 41 218 aktive Mitglieder, 1920: 385 796. Sie hatte insgesamt eine Einnahme von 106 542 566,26 Pf. und eine Ausgabe von 45 701 487,19 Pf. Die Einnahme überstieg also die Ausgabe um 61 121 079,07 Pf. Von der Ausgabe entfielen auf die laufenden fassungsähnlichen Unterhaltungen 24 631 934,16 Pf., auf Verwaltungskosten 15 208 794,67 Pf. Neben den fassungsähnlichen Leistungen wurden an Leistungszulagen 49 307 526,50 Pf. gezahlt. Die Hälfte für diese Zulagen bringt beläufiglich die Bergbauleute des Vereins durch Umfrage beim Kohlenbergbau auf. Zu Ende des Berichtsjahrs waren in der Pensionskasse in beiden Abteilungen insgesamt 41 092 Invaliden, 40 786 Witwen, 56 919 Halbwitwen und 3598 Vollwitwen vorhanden. Im Laufe des Berichtsjahrs sind hinzugekommen 2792 Invaliden und 1122 Witwen. Das durchschnittliche Lebensalter bei der Pensionskasse betrug bei den Rentierinhabern 48,8, Beamteninhabern 50,1 Jahre, das durchschnittliche Rentenalter bei den Arbeitern 51,3, bei den Beamteninhabern 27 Jahre. Das durchschnittliche Lebensalter sowie das Rentenalter ist also höher als im Vorjahr, wo das Lebensalter bei Arbeitern 45 Jahre und das Rentenalter 51 Jahre betrug. Von dieser Tatsache aus kann man aber keineswegs auf eine Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse schließen. Bei der geringen Höhe der Renten läßt sich kaum ein Arbeiter invalidieren; er schlägt sich zur Arbeit, so lange es geht. Der Bilanzwert des Vermögens der Pensionskasse betrug am 31. Dezember 1921 in der Arbeitserabteilung 329 509 846,50 Pf., in der Beamtenabteilung 71 187 926,49 Pf.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungskasse hatte im Berichtsjahr 501 941 Mitglieder. Ihre Einnahme belief sich auf 139 304,51 Pf., die Ausgabe auf 68 206 314,23 Pf., so daß ein Überschuss von 71 743 726,58 Pf. entstand. An Rentenraten waren 2350 Altersrentner, 16 631 Invalidenrentner und 531 Rentenrentner vorhanden. Von den Hinterbliebenen bezogen 1763 Witwenrenten, 38 Witwen-Rentenraten und 53 512 Rentenrenten. Der Bilanzwert des gesamten Vermögens der Pensionskasse, der Pensionskasse (einschließlich Arbeitserabteilung) und der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungskasse betrug am 31. Dezember 1921: 825 491 520,30 Pf.

Leistungszulagen im Brandenburger Knappshärtverein.

Ab 1. März 1923 werden im Brandenburger Knappshärtverein folgende Leistungszulagen für die unterstützungsberechtigten Invaliden, Witwen und Weissen ausgeschüttet: für Invaliden, die keine Rente aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung beziehen, monatlich 12 000 Pf.; für Invaliden, die eine Rente aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung beziehen, monatlich 12 250 Pf.; für Witwen, die keine Rente aus der Invaliden- oder

Angestelltenversicherung beziehen, monatlich 9000 Pf.; für Witwen, die eine Rente aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung beziehen, monatlich 8200 Pf.; für jede Witwe und für jedes Kind eines Invaliden, welches das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und von dem Invaliden unterhalten wird, monatlich 3000 Pf. Die Einkommensgrenze, bis zu der die Leistungszulage gezahlt wird, beträgt jährlich 500 000 Pf. Die Kosten der Leistungszulage werden durch Umlagebeiträge aufgebracht, die sich pro Kopf und Beitragssumme des Versichertenmitgliedes für den Betriebsbereich auf 180 Pf. für das Mitglied auf 120 Pf. stellen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Eine kommunistische "Widerlegung".

Die Kommunisten haben sich meiner in liebenswürdiger Weise erinnert. Einige Artikel, die ich in der "Bergarb.-Ztg." veröffentlichte, geben hierzu Überlassung, wie einem Kundschreiben der kommunistischen Partei, Abteilung Gewerkschaften, Untergruppe Bergbau, vom 27. Januar 1923, an die Bezirksleitung, Unterbezirk, Ortsgruppeneinteilungen und an alle Fraktionen der Bergarbeiter entnommen werden kann. Dieses Kundschreiben enthält Anträge für die Wahl der Betriebsräte, für die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes und zur Generalversammlung selbst. Bis 5 dieses Kundschreibens lautet:

"Die Bergarb.-Ztg." hat besonders in der letzten Zeit eine gleiche Art gegen die Kommunisten eröffnet. Der Direktor des Reichsstoßhändlerverbandes, Lößl, auch Vorstandsmitglied des Bergarbeiterverbandes, hat mehrere Schmähschriften gegen die Kommunisten geschrieben. Es müssen Entschuldigungen und Resolutionen auf der Generalversammlung eingebracht werden, worin das Verhalten der Bergarb.-Ztg. stark verurteilt wird. Dem Lößl, der als Direktor des Reichsstoßhändlerverbandes im Solde der Kapitalisten steht, darf die Bergarb.-Ztg. nicht zur Verfügung stehen.

Es wäre ewig schade, wenn die Wissenschaft, daß ich im Solde der Kapitalisten stehe, nur den Empfänger des berüchtigten Kundschreibens bekannt geworden wäre. Nein, alle Mitglieder des Bergarbeiterverbandes sollen hierüber Kenntnis nehmen, und darum gestatte ich mir, die Veröffentlichung an dieser Stelle vorzunehmen, vorausgesetzt, daß die Redaktion nicht vor dem entsprechenden erheben kann. (So ähnlich sind wir nicht! Red.)

Aber in diesem Artikel: Ich habe einiges Artikeln veröffentlicht, gestützt auf amtliches Material der russischen Sowjetregierung, woraus zu erkennen war, wie grausam die russischen Arbeiter behandelt werden. Dazu diese Mitteilungen den deutschen Kommunisten unbefähigt sein würden, leiste ich voraus und erwartet eine sachliche Widerlegung. Ich gestehe, daß ich die Kommunisten überzeugt habe. Sie machen nicht den Versuch, sich in geistige Unstufen zu führen, eine Verlegung auf nur vorzunehmen, sondern dem sachlichen Kritiker soll die Bergarb.-Ztg. verschlossen werden. Daran erkennt man die gelehrten Asten. In Rücksicht werden die Zeitungen untersucht, die sich erlauben, an den Regierungsmäßigkeiten kritisieren zu dürfen, und weil in Deutschland die Macht der Kommunisten hierfür nicht ausreicht, wird wenigstens der Versuch gemacht, den Kritiker mundtot zu machen. Das ist dann eine Widerlegung. Kein Wort gegen die grausamen Maßnahmen der russischen Regierung, kein einziges Wort, aber dem Kritiker ein Schloß vor den Mund. Der russische Kubel hat doch schon starke moralische Verwüstungen angerichtet. Einrich Lößl.

Unter welche Rubrik ist ein Diskussionsredner zu sehen?

Kritik bedeutet so viel wie Beurteilung. Ein Kritiker ist also ein sachlicher Beurteiler. Menschliche Tätigkeiten oder Leistungen, gleich, ob sie technischer, künstlerischer, wissenschaftlicher, wirtschaftlicher oder organisatorischer Art sind, kann man kritisieren, beurteilen, d. h. man kann unverkennbar beurteilen, ob die Dinge gut oder schlecht sind. Den Titel Kritiker verdient jedoch nur der, welcher nicht nur das Mangelhaftes hervorrückt, sondern das Objekt alleinig kritisirt — beurteilt — und sagt, wie die Fehler zu beheben wären. Wer also ein Kritiker sein will, muß auch die Fähigkeit zum Urteilen besitzen.

Ein Kritiker muß sich bei seiner Kritik auf allgemein anerkannte Grundätze und Regeln sowie auf Tatsachen stützen. Einem parteipolitischen oder religiösen Fanatiker fehlt jeder Maßstab zur Beurteilung. Fanatismus, das nehmen jedem Menschen die Fähigkeit zur Beurteilung, zur Kritik.

Nun gibt es jedoch eine Reihe "Kritiker", die es in Wirklichkeit nicht sind. Man nennt sie Kritikaster, Kritikritiker, Kritikaler oder Schwadronenreute.

Ich kenne Leute, die sehr viel reden, überall auf dem Werk, auf dem Wege, im Bürohaus (dort besonders viel), in der Versammlung, ja — halt irreal und immer nur, um zu kritisieren". Es gibt auch welche, die in der Versammlung nichts andrer Meinung sein müssen wie der Referent. Sie meinen doch die Versammlungen sie nicht mehr bewirken würden wenn sie nicht anderer Meinung wären. Leider kommt man Menschen, die nur reden um andere Meinung zu sein — sie wollen immer anderer Meinung sein! Sie fangen ihre Diskussionsrede gewöhnlich so an: "Der Vortrag war gut und wohl..." oder: "Ich bin mit dem Redner nicht ganz einverstanden..." oder: "Gern den Vortrag ist nichts einwendend jedoch muß Kritik sein, denn meine Kritik ist, da gebe es nicht vorwörte!" Diese Diskussionsredner reden sehr, doch vom Slogans aufs Hören, reden fort und lange, weil sie meinen, daß man dadurch als Egoist gesehen wird. Sie reden sich auch in die Ecke hinein und begleiten ihre Kritik mit Worten von ihrem "Verrat" "Lügner" u. dergl. m. noch die schriften sind. Und all diese Redner behaupten, daß sie nur Kritikieren wollen.

Nein, Kritik ist das keine. Es muß sie unter die Kritikster, Aster, Kritikaster, Kritik oder Schwadronenreute einstecken. Und man muß von Fall zu Fall beurteilen. Ich würde also nie zur nächsten Belegschaft oder Mitgliederversammlung, um an Ort und Stelle die Klassifizierung vorzunehmen. Stüber.

Überberghamtsbezirk Dortmund.

Karlrich Klemann †.

Am 4. März wurde unser Kamerad Karlrich Klemann zur letzten Ruhe gebracht. Über 50 Jahre lang gehörte er unserem Verbande an, ständig einsatzbereit für unsere Ideale. Möge ihm die Erde leicht sein! Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Ortsverwaltung der Bahnhofstelle Vormholz.

Welche menschlichen Auswüchse der Raubräuberismus verursachen kann, zeigte eine Belegschaftsversammlung von Zeitzringen I-III, die Ende Februar stattfand. Es war Sabotage und so etwas eine Sache, die befohlenen und Unionisten unter Anführung des unionistischen Ausschußmitglieders Hofmeister im Saal, um möglichst Radikale zu verhindern, einzutragen. Statt Belegschaftsversammlungen zu verhindern, grüßten die Unionisten etwas von Hundertseitzen, Hofmeister, Betriebsräte, Kongress und anderem Blödsinn. Dass Kamerad Mannhoff seine Soche ernst nahm, wurde er von Hofmeister durch törichte Ausflüsse bestimmt und verdeckt. Am befohlenen Rücksitz teilte dann auch noch der frühere radikale unionistische Zeitungsräte Stephan auf den Tisch und verdeckte seine Unionistin Hofmeister und Rein mit Worten wie Dreckler u. a. niederaufrütteln. Zum Schlus legte er, daß er höchstens nicht mehr organisiert sei. Angezeigt durch die unionistische Gewerkschaft, verließ die Verbandsmitglieder den Saal. — Das ist der wahre unionistische Geist! Kameraden, wie lange noch?

Beharrliche Zeitschriftenkämpfer als Schlosserarbeiter.
7 Millionen Mark Buße für die Kellerei.

Die vierter Strafammer des Landgerichts Essen verhängte für einen Prozeß, der schwere Straftaten in der Kohlenwirtschaft bezeichnete. Angeklagt waren infolge Strafantrags des Vereins

gegen das Belebungswesen die Verbandsmeister Gustav Lemann und Theodor Schümann der Zeche Nordstern und der Verbandsbeamte Christian Lips der Bergischen Kohlenhandelsgesellschaft in Düsseldorf, welche mit der amtlichen Kohlenverteilung beauftragt war. Herner waren acht Fabrikanten und Kaufleute angeklagt, die sich durch Belebung eine "prompte Belieferung" sicherten. Lips, das Bindeglied zwischen den bevorzugten Firmen und den altmächtigen Verbandsmeistern, wurde wegen Betrugs und Verleumdung zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Lemann und Schümann, die teilweise hochwertige Kokskohle als billige Schlammkohle lieferten und buchten, erhielten wegen Urfundensabschaffung, Betrugs und Belebung 1 Jahr bzw. 6 Monate Gefängnis. Die acht Kaufleute und Fabrikanten wurden wegen Belebung zu Gefängnisstrafen von einem Tag bis zwei Wochen verurteilt, an deren Stelle das Gericht Geldbußen von insgesamt 7 Millionen Mark setzte.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Eine christliche Verdrehung

leistet sich ein Gewerberbeiter aus Deutsch-Oberschlesien im Bergknappen". Er schreibt dort, daß der Verbandsmeister Goncalo, der auch Betriebsrat ist und einen Unfall erlitten hat, einen christlichen Kameraden mit noch schwereren Unfallsfolgen von einem Tierbiss verdrängt hätte. Wahr ist folgendes: In der Zeit der polnischen Invasion und der vielseitigen Verwendung der Waffen durch polnische Banden war der schwerbeschädigte Bergmann nicht in der Lage, seinen Posten als Portier zu verrichten. Die Direktion bot ihm mehrfach bessere, leichtere Stellen an, die er jedoch ausschlug. Von dem Portierposten wurde er abgezogen und der leichter beschädigte Kamerad Goncalo, als es ihm einmal gelungen war, das Eisen der polnischen Nationalflagge auf dem Dienst zu verhindern, zum Portier bestimmt. Das ist die Wahrheit über die schon jetzt alte Geschichte.

Eine Neuerung ist es ferner, wenn die Christen behaupten, daß Goncalo die Heiligkeiten den Christen schuldig bleibe. Wenn sich die Heiligkeiten gegenseitig anschwärzen, so kann doch Goncalo nicht dafür. — Den Christen mag es nicht wohl sein, weil sie solche vorsätzliche Märkte austrocknen und mit Verleumdungen Agitation machen wollen.

Eigenartige Praktiken

bedient man in Deutsch-Oberschlesien anzuwenden. In letzter Zeit mehren sich die Klagen, daß die Verwaltungen den "einzigen Ernährern" die Depotslokale und das Haushaltsgeld entziehen. Die Betroffenen melden in jedem Fall, daß vorher in ihrer Abwesenheit bei den Eltern oder Angehörigen eine Klosterschwestern (Nonne) vorgezogen hat, um sich noch den familiären Verhältnissen zu erkundigen. Es besteht die direkte Vermutung, daß diese "armelosigen Schwestern" Spiegelstellen für die Verwaltungen bekleidet. Deshalb ist Vorsicht geboten. Wo sich eine solche Auskunft einstellt, wende man gern direkt der Bezirksleitung Hindenburg.

Bergstiftung durch Benzolrauch.

Wie gefährlich der Benzolrauch der Benzolmotoren in der Grube werden kann, belehrt folgende Zuschrift aus Waldenburg:

Infolge Benzolrauchentwicklung eines Benzolautos im 28. März des Hans-Günther-Saales aus der vierten Sohle hat sich am 1. März in der Grube eine Kohlenoxydgasvergiftung ereignet. Die Rauchgasentwicklung war so bedeutsam, daß zehn Beschäftigte Kameraden eine Rauchgasvergiftung davonturzten und bestimmtlos über Tage gebracht werden mußten. Es wurden mit Hilfe der Rettungsmannschaften in Unwesenheit des Herren Dr. Götsch und Sanitätsrat Dr. Götsch sofortige Wiederbelebungsversuche in Angriff genommen. Nach mühevoller Arbeit konnten sechs von den zehn Rettungsmännern durch den Rettungsmannschaften einen gewissen Rettungsbereich zum Bewußtsein gebracht und wieder so weit hergestellt werden, daß sie ihren Dienstwagen annehmen konnten, während die übrigen nach dem Knappshärtelatrabrucke gebracht werden mußten. Die Arbeiten an der genannten Arbeitsstelle wurden sofort eingestellt. Eine Untersuchung durch die Bergbehörde unter Hinzuziehung der Betriebsleitung wurde sofort eingeleitet.

Die Benzolsolemelben bilden ohne Zweifel eine seltene Unfallgefahr im Bergbau. Wir erinnern nur daran, daß am 1. Dezember 1917 auf der Grube Anna im Aachener Gebiet 5